

Norbert Mette

## Zwischen «Sicherheitsgesellschaft» und Friedensbewegung

Zur aktuellen Auseinandersetzung unter katholischen Christen in der Bundesrepublik Deutschland

«Insbesondere im Blick auf die aktuellen politischen Fragen ruft *«Pax Christi»* dazu auf, sich für einseitige kalkulierte Abrüstungsschritte des westlichen Verteidigungsbündnisses NATO einzusetzen in der Erwartung, daß solche vertrauensbildenden Maßnahmen von den Staaten des Warschauer Paktes mit entsprechenden Abrüstungsschritten beantwortet werden und zu einem umfassenden Abrüstungsabkommen führen. Dabei muß das legitime Sicherheitsbedürfnis auf allen Seiten in Rechnung gestellt werden.» – «Es erheben sich heute Stimmen, die befürworten, einseitig abzurüsten; und sei es auch nur, um ein Vorbild zu geben. Wir sind der Ansicht, daß eine solche Haltung für den Frieden, für die Autonomie und die Freiheit unserer Völker gefährlich ist. Aber wir sind absolut damit einverstanden, laut und deutlich zu fordern, daß alles unternommen werden muß, um die Anwendung der heute zur Verfügung stehenden Waffen zu vermeiden.»

Diese beiden Zitate sind Verlautbarungen entnommen, die fast gleichzeitig – im Juni 1982 – der bundesdeutschen Öffentlichkeit übergeben worden sind. Beide stammen aus dem katholischen Raum; beide nehmen – wie ersichtlich – zur aktuellen Friedensdiskussion Stellung. Das erste Zitat stammt aus einer Erklärung, in der die deutsche Sektion der *Pax Christi*-Bewegung alle Christen zur Veranstaltung von Friedenswochen im Herbst 1982 aufruft und damit einer Initiative der evangelischen Aktion *Sühnezeichen/Friedensdienst* folgt<sup>1</sup>. Das zweite Zitat findet sich in einer gemeinsamen Erklärung der französischen und deutschen Bischöfe *«Für den Frieden»*<sup>2</sup>.

Große Aufmerksamkeit hat keine der beiden Verlautbarungen in den bundesdeutschen Medien gefunden. Lediglich in der konservativ orientierten Presse wurde mit sichtlicher Erleichterung zur Kenntnis genommen, daß die offizielle Regierungspolitik wenigstens bei den katholischen Bischöfen noch Unterstützung findet; die evangelische Kirche der Bundesrepublik wird nämlich mittlerweile als ein weniger verlässlicher Bündnispartner eingeschätzt<sup>3</sup>.

Die beiden Verlautbarungen werden deswegen hier angeführt, weil sie für die aktuelle Auseinandersetzung innerhalb der katholischen Kirche in der Bundesrepublik zum Fragenkomplex *«Sicherheit, Abrüstung und Frieden»* charakteristisch sind. Sie dokumentieren nicht bloß, daß hinsichtlich einzelner Sachfragen zu den konkreten Wegen der Friedenssicherung gravierende Meinungsunterschiede bestehen; von einer Geschlossenheit des deutschen Katholizismus bezüglich der friedens- und sicherheitspolitischen Vorstellungen, wie sie in den fünfziger und sechziger Jahren *«nach außen»* demonstriert wurde, kann keine Rede mehr sein. Die beiden Erklärungen sind darüber hinaus insgesamt beispielhaft für die unterschiedlichen Ansätze, mit denen von katholischer Seite aus versucht wird, sich an der allgemeinen Diskussion um eine konstruktive Friedenspolitik zu beteiligen und vorab auf die innerkirchliche Öffentlichkeit meinungsbildend zu wirken. Vergrößernd lassen sich momentan drei Positionen und Argumentationsstrategien unterscheiden<sup>4</sup>:

1. Mit ihrer Erklärung zur Friedenswoche 1982 setzt die *Pax-Christi-Bewegung* konsequent jene Linie fort, die sie mit der Ende 1980 verabschiedeten Plattform *«Abrüstung und Sicherheit»* eingeschlagen hat<sup>5</sup>. In der Präambel dazu heißt es: *«Pax Christi* bezieht mit dieser Plattform Position in einer Frage, die für die ganze Menschheit zur Frage des Überlebens geworden ist. Diese Position beansprucht nicht letzte Verbindlichkeit. Sie steht neben anderen Positionen, die mit gleicher Redlichkeit ebenfalls für Lösungen und Vorgehensweisen zur Sicherung und Förderung des Friedens eintreten. Sie ist ein Versuch, ausgehend von den Aussagen des Zweiten Vatikanischen Konzils und der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland auf die gegenwärtige Problematik von Abrüstung und Sicherheit eine ethisch begründete und handlungsbezogene Antwort zu geben. Dieser Versuch bedarf der ständigen Er-

probung. Pax Christi wird diese Plattform erneut bei der Delegiertenversammlung 1982 überprüfen und fortschreiben.»

Pax Christi greift also in der Weise in die aktuelle friedenspolitische Diskussion ein, daß von ihr die vordringlich anstehenden Fragen und Problemfelder benannt und Orientierungshilfen für eine Urteilsbildung gegeben werden. Dazu werden Analysen und Informationen (z. B. Alternativen zur bisherigen Sicherheits- und Abschreckungspolitik) vorgetragen, ethische Kriterien aufgestellt sowie zu einigen Fragen bestimmte Positionen (z. B. Verurteilung des Waffenexports, Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses) bezogen bzw. konkrete politische Perspektiven (z. B. Option für den Gradualismus als Abrüstungsstrategie) entwickelt. Ziel ist es, insbesondere die innerkirchliche Öffentlichkeit in Gemeinden, Gruppen und Verbänden – als einem beträchtlichen Faktor der ethischen und politischen Willensbildung – für die Fragen der Friedenssicherung und Abrüstung stärker zu sensibilisieren und durch die Schaffung eines «informierten Abrüstungsbewußtseins» auf eine mehrheitsfähige Änderung der sicherheitspolitischen Präferenzen in Parteien und Regierung hinzuwirken. Für die eigene Position wird zwar beansprucht, daß sie sich den Impulsen des Evangeliums des Friedens verdankt und diese in der gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Realität zur Geltung zu bringen versucht. Zugleich wird aber deutlich gemacht, daß den Christen in ihrer konkreten Option für den Weg zur Friedenssicherung ein Ermessensspielraum offensteht, so daß diejenigen, die verantwortlich eine andere Position als die von Pax Christi vertretene beziehen, zu respektieren sind.

Diese Haltung, sich für die eigene Überzeugung engagiert einzusetzen, ohne die Gegner moralisch abzuqualifizieren, sondern mit ihnen redlich zu streiten, kennzeichnet den einen Ansatz der Beteiligung von deutschen Katholiken an der aktuellen Friedensdiskussion. Neben Pax Christi wird er von einer Reihe weiterer Gruppen vertreten; zu nennen sind vor allem a) der *Bund der deutschen katholischen Jugend (BDKJ)*, der seine Arbeit der nächsten Jahre unter das Motto «Frieden und Gerechtigkeit» gestellt und dafür «Startpositionen» formuliert hat, in denen u. a. eine Neuorientierung der Friedens- und Sicherheitspolitik gefordert wird<sup>6</sup>; b) der «*Bensberger Kreis*», eine Vereinigung unabhängiger Christen, der sich im August 1982

mit einem weiteren beachtlichen Memorandum zu Wort gemeldet hat, in dem eine einseitige stufenweise Reduzierung der atomaren Waffen sowie gleichzeitige Umrüstung der konventionellen Verteidigung auf Defensivwaffen als erste Schritte zu einem allseitigen Abrüstungsprozeß empfohlen werden<sup>7</sup>; c) die Initiative «*Christen gegen die Atomrüstung*», die den Einsatz von Atomwaffen für christlich unverantwortbar hält und bedingungslos ablehnt<sup>8</sup>.

Der Ansatz dieser Gruppen ist nicht ohne Schwierigkeiten: Innerhalb der eigenen Reihen sowie untereinander kommt es zu Kontroversen darüber, wie radikal christlich motivierte Friedensinitiativen ansetzen müssen und wie weit sie in ihren konkreten politischen Forderungen gehen dürfen. Aktionsbündnisse mit Gruppen aus der Friedensbewegung, die Kirche und Glauben distanziert bis ablehnend gegenüberstehen, sind umstritten. Die größte Schwierigkeit besteht allerdings darin, die gekennzeichnete Haltung einer «entschiedenen Toleranz» gegenüber der Mehrheit eines Kirchenvolkes durchzuhalten, die zu den kritiklosen Bejahern jener – wie es in der Pax Christi-Plattform heißt – «Sicherheitsgesellschaft», die den militärischen Sicherheitskonzepten absoluten Vorrang einräumt, zu zählen ist. Daß Jugendliche mit ihrem Wunsch, einen Friedensgottesdienst abhalten zu dürfen, zurückgewiesen werden; daß Katholiken, die sich in ökumenischen Friedenskreisen engagieren, in ihren Pfarrgemeinden kein Gehör finden oder gar an den Rand gedrängt werden; daß hauptamtliche kirchliche Mitarbeiter bereits Schwierigkeiten seitens ihrer Vorgesetzten bekommen, wenn sie Erklärungen des Vatikans zu Frieden und Abrüstung in der innerkirchlichen Öffentlichkeit bekanntmachen und inhaltlich vertreten, mögen jeweils Einzelfälle sein, sind aber keineswegs untypisch für Erfahrungen, wie sie bei der Friedensarbeit im katholischen Raum gemacht werden können.

2. Einen anderen Ansatz zur Beteiligung der katholischen Kirche an der aktuellen Friedensdiskussion lassen die Erklärungen erkennen, wie sie von den *katholischen Bischöfen der Bundesrepublik* in letzter Zeit abgegeben worden sind<sup>9</sup>. Die Bischöfe erblicken ihre spezifische Verantwortung darin, die für einen menschenwürdigen Frieden unerläßlichen Prinzipien und Normen zu benennen. Solange zwischen diesen Maximen und den geltenden politischen Friedens- und Sicherheitskonzepten keine tiefgreifenden Dis-

krepanzen zu beobachten sind, besteht nach ihrer Meinung für den einzelnen Christen kein Anlaß, der offiziellen Politik die Gefolgschaft zu versagen, unbeschadet dessen, daß er eine andere Auffassung vertreten kann. Es kann darum nicht verwundern, daß in den bischöflichen Texten die Abgrenzungen gegenüber Initiativen aus dem Umkreis der Friedensbewegung ungleich deutlicher ausfallen als gegenüber der herrschenden Sicherheits- und Abschreckungspolitik; ein Beleg dafür ist eingangs zitiert worden.

Ähnlich wie die Bischöfe für sich eine besondere ethische Kompetenz in der aktuellen Friedensdiskussion beanspruchen, sprechen sie den Politikern eine besondere politische Kompetenz zu. Einer Einflußnahme auf die ethische und politische Willensbildung «von oben» geben sie deshalb den Vorzug. Was «von unten» kommt, wird beargwöhnt, es sei emotionsgeladen, unsachlich und einseitig.

Der Vorwurf der kritiklosen Bejahung des Bestehenden ist jedoch nicht gänzlich berechtigt; immerhin finden sich in den bischöflichen Verlautbarungen klare Forderungen zu weiterreichenden Anstrengungen auf dem Gebiet der Friedenspolitik: In der gemeinsamen Erklärung der französischen und deutschen Bischöfe wird beispielsweise der Rüstungswettlauf als eine furchtbare Lebensbedrohung bezeichnet; wird darauf bestanden, «daß man systematisch nach Abkommen für die kontrollierte Rüstungsbegrenzung sucht»; wird gefordert, das Gleichgewicht der Kräfte nicht bloß als vom Waffenpotential abhängig zu betrachten, sondern, auch andere Faktoren zu berücksichtigen; wird dazu aufgefordert, «die Situation der anderen zu verstehen, deren Ruf nach Sicherheit zu hören und deren Ängste ernst zu nehmen». Beachtenswert ist auch, daß Kardinal Höffner in seinem Referat vor der Deutschen Bischofskonferenz feststellt, ein Krieg, der mit modernen wissenschaftlichen Waffen geführt werde (ABC-Krieg), löse ungeheure und unkontrollierbare Zerstörungen aus und überschreite weit die Grenzen einer gerechten Verteidigung.

Auch wenn solche und ähnliche Äußerungen bei der Lektüre der Texte nicht sofort ins Auge fallen und teilweise nicht ganz eindeutig interpretierbar sind, lassen sie doch erkennen, daß die Weiterentwicklung der päpstlichen Lehrverkündigung über Frieden und Abrüstung vom deutschen Episkopat nicht gänzlich ignoriert worden ist, mögen sie auch noch nicht in dem verbindli-

chen Ausmaß wie von Bischöfen und Bischofskonferenzen anderer Länder verarbeitet worden sein. Aber zumindest bieten sie einen Anknüpfungspunkt für weiterführende Konkretisierungen. Daran mitzuarbeiten und zur entsprechenden innerkirchlichen Meinungsbildung beizutragen, kann darum Gruppen und Initiativen im katholischen Raum grundsätzlich nicht verwehrt werden. Sie dürfen sich in ihrem eindeutigeren Standpunkt als von den Bischöfen zwar nicht unbedingt anerkannt, aber immerhin geduldet betrachten.

3. Eine solche differenzierte Beurteilung der in den bischöflichen Erklärungen zum Ausdruck kommenden Einstellung zur aktuellen Friedensdiskussion ist nicht zuletzt deswegen angezeigt, weil sie dem Versuch einflußreicher Kräfte innerhalb der katholischen Kirche der Bundesrepublik die Möglichkeit nimmt, für den sogenannten «deutschen Katholizismus» in Fragen der Friedens- und Sicherheitspolitik eine einheitliche Linie zu reklamieren und seine Angehörigen wieder auf jene Geschlossenheit zu verpflichten, die sie – von Ausnahmen abgesehen – während der Debatte um Wiederbewaffnung und atomare Aufrüstung in den fünfziger und sechziger Jahren zu einem verlässlichen und kalkulierbaren Partner der damaligen Regierungspolitik haben werden lassen. Verfechter einer solchen Position legen – wie sich an der damaligen Auseinandersetzung verfolgen läßt – gegenüber ihren Gegnern eine unduldsame Haltung an den Tag; beinahe jedes Mittel ist ihnen recht, um sich der Störer des vermeintlichen Konsenses in den eigenen Reihen zu entledigen<sup>10</sup>.

Eine neuerliche Artikulation hat dieses Einstellungs- und Verhaltensmuster in der im November 1981 verabschiedeten Stellungnahme der Vollversammlung des *Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK)*, also des offiziellen Zusammenschlusses der Vereinigungen und Einrichtungen des Laienapostolats in der katholischen Kirche der Bundesrepublik Deutschland, mit dem Titel «Zur aktuellen Friedensdiskussion» gefunden. Dieser Text nimmt unter den Stellungnahmen aus den Kirchen in der Bundesrepublik zur Friedens- und Sicherheitspolitik eine einsame Außenseiterposition ein<sup>11</sup>.

Im Memorandum des Bensberger Kreises wird an einigen Punkten beispielhaft festgemacht, welchen Abstand dieses ZdK-Dokument zur neueren Friedensethik der Päpste aufweist: «Das Zentralkomitee geht von einer ausschließlich ne-

gativen Beurteilung des einen Konfliktpartners aus; die vatikanischen Dokumente tun dies nicht und warnen davor. Das Zentralkomitee rechtfertigt die Politik des anderen Konfliktpartners bis hin zu einem konkreten Nachrüstungsbeschluß; der Vatikan konzentriert sich auf die Kritik der Politik beider Seiten. Das Zentralkomitee unterstützt die Abschreckungspolitik; der Vatikan durchschaut die verhängnisvolle Dynamik dieser auf Mißtrauen beruhenden Politik und ruft zur Abkehr von der Abschreckungsmentalität auf. Die Anstrengung des Gedankens geht beim Zentralkomitee auf die Festigung westlicher Sicherheitspolitik auch in der Bevölkerung; der päpstliche Appell zielt auf risikobereite Friedensanstrengungen in einer Politik des Vertrauens und auf die Mobilisierung des Versöhnungspotentials der christlichen Gemeinde.»

Es ist angesichts einer solchen Einstellung nur konsequent, daß jegliche Infragestellung des herrschenden politischen und militärischen Sicherheitskonzepts nicht nur auf völliges Unverständnis stößt, sondern mit pauschalen Verdikten versehen wird. Wie kompromißlos das ZdK seine Position der Bestärkung der bestehenden politischen Verhältnisse vertritt, wird erschreckend deutlich, wenn aus seinen Reihen Vertreter anderer Überzeugungen mit der Bemerkung abqualifiziert werden, sie verträten eine falsche (sic!) Sicht der Friedensbedrohung<sup>12</sup>.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die neue Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland auch von Gruppen und Gemeinden aus der katholischen Kirche aktiv unterstützt und mitgetragen wird. Diese bilden allerdings eine Minderheit in dieser Kirche; die vorherrschende Einstellung kann am besten mit dem Stichwort «Berührungsangst» charakterisiert werden. Unbestritten räumen die deutschen Katholiken dem Frieden einen hohen Stellenwert ein; sie möchten ihn jedoch – wie es in dem von der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1975 gefaßten Beschluß zu «Entwicklung und Frieden» treffend umschrieben worden ist – «vorwiegend

als gesicherte, möglichst konfliktfreie Ordnung»<sup>13</sup> verstanden wissen. Die Faktoren, die zu dieser Mentalität geführt haben, sind vielfältig und können hier nicht analysiert werden<sup>14</sup>. Jedenfalls läuft die aktuelle Friedensdiskussion einem solchen Bedürfnis nach Harmonie zuwider.

Trotzdem kann sich die katholische Kirche dieser Diskussion nicht entziehen; aber sie wird mehrheitlich kaum als ihre ureigene Sache begriffen, sondern als ihr «von außen» gleichsam aufgeötigt angesehen. Entsprechend legen die offiziellen Verlautbarungen, wie aufgezeigt, eher moderate Zurückhaltung an den Tag als die Bereitschaft, engagiert zur Bewußtseins- und Stimmungslage in der Öffentlichkeit beizutragen. Ansätze zu einer solchen «basisorientierten» Friedensarbeit in den eigenen Reihen erfahren teilweise massive Behinderungen und müssen gegen Vorurteile und Diffamierungen ankämpfen. Auf diese Weise wird momentan viel Energie für den innerkirchlichen Streit über die angemessene Form der Beteiligung an der Friedensdiskussion absorbiert. Der Mobilisierung der Kirche eigenen Friedenskraft, wie sie in dem genannten Synodenbeschluß programmatisch formuliert worden ist, ist das nicht gerade förderlich.

Allerdings sieht sich die katholische Kirche in der Bundesrepublik zunehmend unter Druck gesetzt; die Weise ihres Eingebundenseins in die Restriktionen des vorherrschenden sicherheitspolitischen Konzepts ist ziemlich einzigartig, und zwar im Vergleich sowohl zur evangelischen Kirche in der Bundesrepublik als auch zu katholischen Kirchen in anderen Ländern. Sie droht den Anschluß an die zur Zeit im katholischen sowie – mehr noch – im ökumenischen Raum vonstattengehende friedentheologische und -ethische Neubesinnung zu verlieren. Im katholischen Kirchenvolk kommt es deswegen vermehrt zu Irritationen. Auch wenn eine rasche Änderung der tief verwurzelten Denk- und Verhaltensmuster kaum zu erwarten ist, liegt in solchen Verunsicherungen die Chance für einen Lernprozeß.

<sup>1</sup> Dokumentiert in: Frankfurter Rundschau vom 23.6.1982.

<sup>2</sup> Dokumentiert in: Herder-Korrespondenz 36 (1982) 385–387.

<sup>3</sup> Vgl. H.-J. Benedict, Auf dem Weg zur Friedenskirche? Entstehung und Erscheinungsformen der neuen Friedensbe-

wegung in der evangelischen Kirche: Die neue Friedensbewegung (Friedensanalysen 16, Frankfurt/M. 1982) 227–244.

<sup>4</sup> Vgl. zum folgenden auch L. Lemhöfer, Zögernder Aufbruch aus dem Kalten Krieg. Die katholische Kirche und die bundesdeutsche «neue Friedensbewegung»: ebd. 245–257; J. Harms, Modelle und Aktionen für Abrüstung aus den Kir-

chen: H. Schierholz (Hg.), *Frieden – Abrüstung – Sicherheit* (Reinbek 1981) 258–266.

<sup>5</sup> Vgl. *Abrüstung und Sicherheit. Plattform der Pax Christi* (Dokumentation Kirche und Abrüstung IV, Frankfurt/M. 1981).

<sup>6</sup> Vgl. H. Missalla, *Die «Startpositionen Frieden und Gerechtigkeit» des BDKJ: KatBl 107 (1982) 447–451.*

<sup>7</sup> Vgl. *Bensberger Kreis* (Hg.), *Frieden – für Katholiken eine Provokation? Ein Memorandum* (Reinbek 1982).

<sup>8</sup> Vgl. A. Battke (Hg.), *Atomrüstung – christlich zu verantworten?* (Düsseldorf 1982). Diese Aufzählung von Friedensinitiativen im katholischen Raum der Bundesrepublik ist nicht umfassend gemeint. Neben dem BDKJ wären beispielsweise einige seiner Mitgliedsverbände (KJG, KSJ u.a.) gesondert aufzuführen. Darüber hinaus sind die Studentengemeinden und ihr Zusammenschluß, die Arbeitsgemeinschaft Kath. Studenten- und Hochschulgemeinden (AGG), zu nennen. Katholiken arbeiten auch in der Initiative «Ohne Rüstung leben» mit, die im evangelischen Raum entstanden ist. Weiterhin gibt es mittlerweile zahlreiche örtliche und regionale Gruppierungen und Bewegungen. Den Aufruf der «Initiative Kirche von unten» zur Friedensdemonstration am 4. 9. 1982 in Düsseldorf anlässlich des Katholikentages haben mehr als 100 Gruppen aus dem katholischen Raum (von insgesamt ca. 300 Unterschriften insgesamt) unterschrieben.

<sup>9</sup> Neben der Erklärung «Für den Frieden» (Anm. 2) vgl. die Erklärung und den Pressebericht der Frühjahrs-Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz (dokumentiert in: *Frieden und Sicherheit* (Arbeitshilfen 21, Bonn o.J.) 5–10; außerdem J. Kard. Höffner, *Das Friedensproblem im Licht des christlichen Glaubens. Vortrag zur Eröffnung der Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz, Fulda, 21. 9. 1981* (Bonn o.J.).

<sup>10</sup> Vgl. die knappen Darstellungen bei P. Engelhardt, *Die Lehre vom «gerechten Krieg» in der vorreformatorischen und katholischen Tradition: Der gerechte Krieg: Christen-*

*tum, Islam, Marxismus* (Friedensanalysen 12, Frankfurt/M. 1980) 72–124, hier: 104–111; L. Lemhöfer (Anm. 4).

<sup>11</sup> Dokumentiert in: *Herder-Korrespondenz 35* (1981) 624–630. – Vgl. W. Huber, *Die Kirchen und der Friede, in: Abermals: Kampf dem Atomtod* (Frankfurter Hefte. FH-Extra 4, Frankfurt/M. 1982) 119–130, und Th. Risse-Kappen, *Analyse und synoptische Dokumentation von Stellungnahmen aus den Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland* (Bonn 1982).

<sup>12</sup> So gesehen gegenüber Vertretern des BDKJ: Vgl. *Frankfurter Rundschau* vom 8. 2. 1982.

<sup>13</sup> *Der Beitrag der katholischen Kirche in der Bundesrepublik Deutschland für Entwicklung und Frieden: Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland. Offizielle Gesamtausgabe I* (Freiburg 1976) 459–510, hier: 496.

<sup>14</sup> Aufschlußreiche Hypothesen finden sich im gen. Memorandum des Bensberger Kreises (Anm. 7). Vgl. auch H. Th. Risse/H. J. Möller, *Zum Stand der kirchlichen Friedensarbeit: N. Glatzel/E. J. Nagel* (Hg.), *Frieden in Sicherheit* (Freiburg 1981) 176–212.

#### NORBERT METTE

1946 in Barkhausen/Porta geboren. Studium der Theologie und Sozialwissenschaften: Dr. theol.; Wissenschaftlicher Assistent am Seminar für Pastoraltheologie und Religionspädagogik der Universität Münster; Mitglied der Pax Christi-Sprechergruppe im Bistum Münster. Verheiratet; 3 Kinder. Veröffentlichungen: *Theorie der Praxis* (Düsseldorf 1978); *Kirchlich distanzierte Christlichkeit* (München 1982); zahlreiche Aufsätze zu pastoraltheologischen und religionspädagogischen Fragen. Anschrift: Liebigweg 11a, D-4400 Münster.